

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 14

Ersteinst. Sonntags.  
Bezugspreis monatlich 20 Pf. Nur Postbezug.  
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 6. April 1924

Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Breitestr. 89 IV.  
Vertrauf: Merkur 8529.  
Anzeigen werden nicht abge.ommen.

40. Jahrgang

## Der Arbeit alle Lasten - dem Geldsack den Profit!

Die deutschen Unternehmerverbände aller Schattierungen sind drauf und dran, den großen Wurf zu wagen. Die wirtschaftliche Macht genügt ihnen nicht; die kommende Reichstagswahl soll ihnen die politische dazu bringen. Darum gilt es für sie, den Einfluß der politischen Vertretung der Arbeiterschaft, der Sozialdemokratie, gänzlich zurückzudrängen.

### Hemmungslos wollen sie herrschen und diktieren.

Sie haben's leicht, sich große Ziele zu stecken. Der in Rentenmark und Edelmetall umgemünzte Arbeiterschweiß gibt ihnen die Möglichkeit, aus vollen Händen den Rubel rollen zu lassen. So können sie sich die notwendigen Doktoren kaufen, die ihre Interessen in der Öffentlichkeit mit allem Nachdruck, nicht aber immer mit viel Geschick, vertreten. Sie können sich auch die Zeitungen kaufen, die ihnen gegen klingende Münze ihre Spalten zur Verfügung stellen. Daß damit die öffentliche Meinung korrumpiert wird bis zum äußersten, kümmert sie nicht, wenn sie nur ihren Zweck erreichen.

Was die Unternehmer wollen, das ist kurz gesagt: Sie wollen wieder die Herren im Hause sein, sie wollen diktieren, wie lange die Arbeiterschaft zu arbeiten hat, sie wollen allein bestimmen, welcher Lohn gezahlt wird, sie wollen niemand hineinreden lassen in die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Darum ist ihnen das staatliche Schlichtungswesen ein Grauel. Sie wollen jedwede Sozialgesetzgebung verhindern, sie wollen nichts zulassen, was als eine Erleichterung des Druckes auf die Arbeitskraft gedeutet werden könnte.

### Sie wollen die Herren sein, der Arbeiter soll Sklave werden.

Das ist das Ziel, das sie sich gesteckt haben. Nach dieser Richtung hin kennzeichnet sich der Wahlauftritt der Unternehmergruppen, der durch eine gemeinsame Tagung aller Arbeitgeberverbände in der Vorwoche gegeben wurde. Die Grundtendenz dieser Tagung war — wie immer — die Abwälzung aller Lasten auf Arbeiter, Angestellte, kleine Beamte, und die völlige Schonung des Besitzes. Von reeller Kalkulation, von Zurückführen der Profitrate auf ein vernünftiges Maß, von technischen Betriebsverbesserungen, von angemessenem Preisabbau ist nirgends die Rede. Statt dessen erheben sie den Schlachtruf:

### Die Gewerkschaften müssen zerstört werden.

Sie müssen zerstört werden,

weil sie verhindern, daß die Arbeitermassen ganz schutzlos dem Begehren der Herrenmenschen aus der Großindustrie ausgeliefert waren,

weil sie verhindern, daß sich das Ruhrabenteuer zu einem großen Blutbad auswuchs,

weil sie verhindern, daß das Spiel der Großindustrie mit einem neuen gefährlichen Kriegsbrand zu Ende geführt werden konnte,

weil ihnen unsere Gewerkschaften immer und überall im Wege sind, wo es für sie um eine Rechtsmachung der Arbeiterschaft geht.

Und das unterliegt keinem Zweifel: der Einfluß der organisierten Unternehmer ist in ständigem Steigen, und wer ihr Verhalten bei allen Gelegenheiten, in den Parlamenten, in den Reichs- und Staatsministerien und in den kommunalen Behörden, in der Presse und sei es, wo es sonst noch sein kann, beobachtet, der erkennt ohne alles weitere, daß nichts unterlassen wird, um die uneingeschränkte Macht in den Betrieben rücksichtslos zur ungehinderten Ausbeutung des Arbeiterheeres auszunutzen. So wird dem wirtschaftlichen Kampf der politische angeheißt in der Erwartung, daß am 4. Mai der große Schlag gelingt.

Die freigewerkschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen haben harte und unausgesetzte Anstürme von allen Seiten anzuhalten. Sie müssen sich zur Wehr setzen nach allen Richtungen hin. Was jetzt über uns dahintobt, das ist kein frisch-fröhlicher Krieg mehr, das ist der Kampf bis zum äußersten, der Kampf um Sein und Nichtsein,

### der Kampf um die Existenz unserer Gewerkschaften.

Die Wut aller derer, die heute über die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung herfallen, zeigt zur Genüge, daß der Weg, den unsere Gewerkschaften seither gegangen sind, nicht immer ein falscher war. Sie zeigt, daß so mancher Sturm abgeschlagen worden ist und daß man in unseren Gewerkschaften das größte Hemmnis sieht in der restlosen Durchsetzung der Unternehmer- und Scharfmachermwünsche, die der Arbeit alle Lasten aufbürden, dem Geldsack aber den Profit nicht schmälern wollen. Wer das erkannt hat, der wird unseren Gewerkschaften in ihrem Kampfe beistehen müssen, der wird auch dafür sorgen, daß am Wahltag jeder Arbeiter, jede Arbeiterin mithilft, um eine ausreichende politische Vertretung für unsere Arbeiterwünsche aus der Wahlurne hervorkommen zu lassen.

Kein Arbeiter, keine Arbeiterin kann darum anders als sozialdemokratisch wählen!

## Entscheidungen zu unseren Reichstagsverträgen.

### Lohnverhandlungen mit den „Apl“-Verbänden

fanden am 28. März in Berlin statt, die sich diesmal wieder außerordentlich schwierig gestalteten. Von den Vertretern unseres Verbandes wurde den Arbeitgebern der Vorschlag gemacht, die derzeitigen Löhne um 25 Proz. zu erhöhen und in bezug auf die Spannung zwischen den Löhnen der gelernten und ungelernen Arbeiter das frühere Spannungsverhältnis wieder einzuführen. Unsere Vertreter begründeten ihre Forderung mit den schon in früheren Verhandlungen wiederholt vorgetragenen Argumenten. Sie wiesen darauf hin, daß die jetzigen Lohnsätze in einem vollkommen ungenügenden Verhältnis zu den tatsächlichen Lebenshaltungskosten stehen. Der Arbeitnehmerschaft sei es einfach nicht mehr möglich, auch nur die notwendigsten Bedürfnisse zu erfüllen. Es wurde den Arbeitgebern nachgewiesen, daß zahlreiche Lebensmittel noch sehr weit über dem Preis der Vorkriegszeit stehen, daß auch Schuhwaren, Textilien und alle anderen Bedürfnisse des Haushalts durchweg höhere Preise erfordern, als wie das in der Vorkriegszeit der Fall gewesen ist. Des weiteren wurde durch unsere Vertreter darauf hingewiesen, daß die neuen Mietsteigerungen unmöglich von den Arbeitnehmern getragen werden könnten, und daß deshalb eine Erhöhung der Löhne zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden wäre.

Arbeitgeberseitig wurde zunächst sehr lebhaft bestritten, daß die Lebenshaltungskosten an sich eine Erhöhung der Lohnsätze rechtfertigen. Man verwies darauf, daß seit Festsetzung der bisherigen Lohnsätze die Lebenshaltungskosten um 30 Proz. gesunken seien und daß dadurch gegenüber dem damaligen Stande eine sehr wesentliche Erleichterung für die Arbeitnehmerschaft eingetreten wäre. Auch die benötigte Mietsteigerung rechtfertige eine Lohnerhöhung nicht, denn der Mehrbetrag, der für Miete ausgegeben werden müßte, sei ein so verhältnismäßig geringer, daß er ohne Lohnerhöhung getragen werden könne. Auch die Lage des Gewerbes sei zurzeit keineswegs eine solche, daß sie eine Lohnerhöhung erirage. Wohl wolle man zugeben, daß gegenüber den letzten Wochen eine Besserung eingetreten sei, es könne jedoch kaum eine Rede davon sein, daß diese Besserung der Konjunktur einen Mehrertrag des Unternehmergewinnes gebracht habe. Das Auslandsgeschäft ruhe zurzeit noch vollkommen und in bezug auf das Inlandsgeschäft wären Merkmale für eine Besserung nicht zu verzeichnen. Die Kalkulationen müßten heute mit der äußersten Schärfe gemacht werden, was angesichts des mangelnden Betriebskapitals und der überaus schwierigen Kredithaltung eine äußerst schwierige Lage für die Arbeitgeberseite mit sich bringe.

Wir haben das Gefühl, daß das Verhalten zahlreicher anderer Industrien zweifellos der Hauptgrund für die Zugelmäßigkeit unserer Arbeitgeber sein dürfte. In der Berliner Metallindustrie, eine der ausschlaggebendsten Industrien Berlins, sind Lohnvereinbarungen in der letzten Zeit überhaupt nicht mehr zustande gekommen. Da man dort seitens wohl auch durch das Eingreifen der Schlichtungsbehörden sich keinen Erfolg versprach, hat man dort eine tariflose Zeit vorgezogen, und nun werden Versuche gemacht, durch betriebliches Vorgehen die Lage der Arbeitnehmerschaft zu bessern. Ebenso liegt es in der sehr bedeutungsvollen Holzindustrie Berlins. Auch dort wird jede Lohnerhöhung seit vielen Wochen bis in

die letzten Tage hinein grundsätzlich abgelehnt. Im Buchdruckgewerbe hat die Arbeitgeberchaft ebenso jede Lohnerhöhung abgelehnt. Wie sich hier die Dinge gestalten werden, ist im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch völlig ungewiss. In der uns verwandten Lederwarenbranche wird zurzeit gestreift, weil auch hier die Unternehmer vollkommen unzureichende Zugeständnisse machten. Ähnlich liegt es in verschiedenen anderen Industriezweigen auch im Reich.

Nach vielem Hin und Her kam es jedoch noch zu nachstehender Vereinbarung:

„Der Zuschlag auf die Löhne der Goldlohn-tabelle vom 17. November 1923 wird ab 3. April von 30 Proz. auf 45 Proz. erhöht.

Neuer Spitzenlohn 58 Pfennige.

Der Vertrag läuft bis auf weiteres mit 14tägiger Kündigungsfrist. Eine Kündigung vor dem 30. April 1924 ist ausgeschlossen.“

Unsere Vertreter waren sich zwar klar, daß damit der bestehenden Rottlage innerhalb unserer Kreise nicht so abgeholfen wird, wie es notwendig wäre. Wenn man sich dennoch zu der Vereinbarung entschloß, so deswegen, weil nach den Erfahrungen der letzten Monate auch im Reichsarbeitsministerium kaum ein günstigeres Ergebnis zu erwarten gewesen wäre.

Der Verband Berliner Buchbinder-ei-besitzer hat das Abkommen bisher noch nicht angenommen, weil Meinungsverschiedenheiten entstanden sind über die Berechnung des Divisors zum Affordarist. Besondere Verhandlungen, die mit dieser Gruppe geführt wurden, endeten damit, daß eine neue Aussprache darüber geführt werden soll nach Abschluß des Lohnvertrages mit dem BDB.

**Mit der Wappstein-Industrie**

haben am 31. März Verhandlungen stattgefunden, bei denen alles das, was vorstehend gesagt wurde, in gleichem Maße in Erscheinung trat. Auch hier kam es schließlich zu nachstehender Vereinbarung:

Mit Gültigkeit ab 3. April wird der Spitzen-lohn in Ortsklasse I um 6 Pfennige erhöht, er beträgt demnach 48 Pfennige.

Die übrigen Löhne werden in dem bisherigen Verhältnis geregelt.

Der Vertrag läuft bis auf weiteres mit 14tägiger Kündigungsfrist. Eine Kündigung vor dem 30. April 1924 ist ausgeschlossen.

Diese Vereinbarung bringt gegenüber dem bisherigen Zustand rund 15 Proz. Lohnerhöhung, die ganz selbstverständlich mit Rücksicht auf die niedrigen Lohnsätze ebenfalls als nicht ausreichend angesehen werden kann. Aber auch hier gelten die gleichen Motive, wie wir sie in bezug auf das Api-Lohnab-kommen erwähnt haben.

**Mit dem Reichsverband der Eis-Industrie**

sollen am 3. bzw. 4. April in Leipzig Verhandlungen geführt werden über den Abschluß eines neuen Mantelvertrages und über höhere Löhne. Ob es hier zu einem brauchbaren Ergebnis kommen wird, erscheint noch vollständig ungewiss.

**Mit dem Verband deutscher Buchbinder-eibesitzer**

sollen ebenfalls in Leipzig am 5. April Lohnverhandlungen geführt werden. Nach den Erfahrungen, die unsere Vertreter mit dieser Arbeitgebergruppe bisher gemacht haben, wird es voraussichtlich auch in diesem Falle sehr schwierig sein, durch freie Vereinbarung zu einem erträglichen Ergebnis zu kommen.

In Nr. 11 unserer Zeitung brachten wir eine Mitteilung über eine Abänderung verschiedener Positionen des Reichsaffordarist. Im folgenden wiederholen wir diese Notiz unter Angabe der in Frage kommenden bestimmten Positionen:

**Nachtrag II.**

In Kraft getreten am 28. Februar 1924.

Auf die nachfolgenden Abteilungen des Affordaristens von 1922 mit seinem Nachtrag I von 1923 sind folgende Zuschläge zu leisten:

Abteilungen:			
Bertigmachen	Format 00-11	67, 69, 70, 71, 72	100/0
	Format 12-24		150/0
Wappsteinschneiden		46	100/0
Rundmachen		39	100/0
Pressen		59-65	100/0
Deckenmachen		52-58	50/0
Vorrückten	Format 15-24	13, 14, 15, 19, 22, 23, 24, 25	100/0

**Mit dem Zentralverband deutscher Kartonnagen-Fabrikanten**

sollen Verhandlungen über höhere Löhne am 7. bzw. 8. April in Weimar geführt werden. Wir hoffen, daß es unseren Vertretern gelingen wird, mit dieser Arbeitgebergruppe zu einem Ergebnis zu kommen, das den heutigen Verhältnissen gerecht wird.

**Theorie und Praxis des Oppositionsverbandes in Berlin.**

Die Zeitung der in Berlin neu aufgemachten kommunistischen Sonderorganisation gibt sich alle erdenkliche Mühe, bei den Arbeitgeberverbänden, mit denen wir im Tarifverhältnis stehen, Anerkennung zu finden und sie zu erjuden, daß auch ihr Organisationsplitter bei Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitbestimmend sein soll.

Die wackeren Reden, die sich nicht genug tun können im Begeiern der „reformistischen“ Gewerkschaften und deren Tätigkeit auf tariflichem Gebiet als „Arbeitererrat brandmarken“, wissen, nachdem sie sich selbst auf ihre wackeligen Beine gestellt haben, nichts anderes zu tun, als in „Tariffimperei“ zu machen und die Unternehmer anzuflehen, sie doch ja bei so wichtigen beruflichen Fragen auch mitraten und -taten zu lassen.

In einigen Berliner Kartonnagenbetrieben haben sie in den letzten Wochen, um ihre Daseinsberechtigung nachzuweisen, kleinere Streiks inszeniert, ohne auch nur den bescheidensten Erfolg zu erzielen. Das Personal eines ausländisch gewordenen Betriebes debattierte anlässlich der Wiederaufnahme der Arbeit auch darüber, ob es nicht nützlich sei, erst dann die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn der Arbeitgeber sich verpflichtet habe, in Zukunft auch mit dem neuen Verband zu verhandeln. Dem „Oppositionsange-stellten“ Czerny, der ein Schaufelmann erster Güte schon immer war, ging das wider den Strich und er empfahl deshalb, davon absehen zu wollen, ein solches Verlangen zu stellen. Er meinte, daß ein im Interesse der Kollegen gelegenes Vertragsverhältnis sich zurzeit nicht zustande bringen lasse. Wenn der alte Verband einen Vertrag abschließen würde, so würden die Mitglieder des neuen Verbandes zum mindesten diese Löhne ebenfalls erhalten. Wäre der neue Verband selbst an einem Vertrag beteiligt, dann hätten die Mitglieder nicht die Möglichkeit, in Zeiten günstiger Konjunktur, wie z. B. gerade jetzt, zu streiken und sich höhere Löhne, wie sie mit dem alten Verband abgeschlossen seien, zu erringen.

Auf der einen Seite antizipiert man also bei den Unternehmerverbänden, um in das bestehende Vertragsverhältnis mit aufgenommen zu werden als gleichberechtigter Partner, und auf der anderen Seite will man aber an keinem Vertrag beteiligt sein, weil dadurch eine Ausnutzung der Konjunktur nicht möglich sei. Und solche Gewerkschaftsstrategen des aller-neuesten Schlages bilden sich ein, revolutionär zu sein! Der gültige Himmel möge unsere Berufsangehörigen vor solchen Feldern bewahren!

**Die Kollektive holen sich in Leipzig eine gründliche Absuhr!**

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Jahres-generaterversammlung in Leipzig am 10. März wurden die im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder unserer Zählstelle in allgemeiner Weise geehrt.

Der Geschäfts- und Situationsbericht wurde vom Bevollmächtigten Heßge vorgetragen. Einleitend gab er bekannt, daß infolge Geldknappheit in der Lokalfasse keine gedruckten Geschäftsberichte vorliegen. In seinen Ausführungen registriert er besonders die verheerende Wirkung der Inflation im verfloffenen Jahre in unserem Gewerbe. Mit Recht nennt er das vergangene ein schwarzes Jahr. In den Vordergrund rückt er besonders die Hilfe des Ausstandes für unseren Verband, wodurch es uns möglich war, unsere Organisation vor dem Schlimmsten zu bewahren. Im verfloffenen Jahr machten sich circa 70 Lohnver-handlungen notwendig, ohne die Verhandlungen, die vor dem Arbeitsministerium stattfanden. Im vierten Quartal hatte unsere Zählstelle einen Mitglieder-lust von 26 Proz. zu verzeichnen, eine Folge der Depression in unserem Gewerbe, wodurch viele in andere Berufe übersiedelten. Zählte unsere Zählstelle Ende 1922: 10 000 Mitglieder, dann konnten wir im 4. Quartal nur noch 7474 Berufsangehörige zählen.

Am Schluß seines Geschäftsberichts kam Heßge auf den Brief Kollektivs, der in der „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 10 abgedruckt ist, und auf die Vorgänge in Berlin und deren Folgen für die Gewerkschaft zu sprechen. Mit scharfen Worten geisterte er die Gewerkschafts-zersplitterer, er bezeichnete deren Verhalten als ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterbewegung. Zum Schluß ersucht er die Kollegenchaft, das Banner der freien Gewerkschaften hochzuhalten und trotz alledem fester und geschlossener zur Gewerkschaft zu stehen.

Zum Kassensbericht ist zu erwähnen, daß infolge der Stabilisierung der Mark unsere Kassenerhält-nisse sich wieder anfangen zu heben.

Der Beiratsbericht wird von Schabader gegeben. Besonders beleuchtet er die auf der Beiratsitzung vorgelegte Beitragsfrage. In seinen Ausführungen kommt er auch zu der Frage der in Berlin ausge-schlossenen Kollegen sowie zur Opposition, wobei er die vom Beirat angenommene Resolution vorliest. Er verweist am Schluß auf den von Heßge schon propa-gierten Einheitsgedanken.

Die rege Diskussion bewegte sich im allgemeinen um die Zersplitterungsstatistik der Kommunisten. Petritz stellte sich auf den Standpunkt, daß er an dem Brief Kollektivs nichts auszusetzen habe. Es komme darauf an, wie man ihn auffasse. Er übte vielmehr Kritik an der Veröffentlichung des Briefes. Zinke übte ebenfalls scharfe Kritik an dem Brief Kollektivs. Auf Antrag Zinke wurde der erste Tagesordnungs-punkt vertagt. Zum Punkt „Anträge“ wurden die von Kollektiv eingebrachten Anträge abgelehnt.

Auf Antrag wurde die Beratsammlung wegen vor-gerückter Stunde vertagt und am 24. März fortge-geleht. Die rege Diskussion drehte sich immer wieder nur um die Berliner Ausgeschlossenheit. Alle Redner der Linken plädierten gegen die vorliegende Resolu-tion und für Bildung einer scharfen Kompromisspo-sition, während die BDB-Redner für die Geschlossenheit und Einheit der Organisation eintraten. In seinem Schlusswort bedauerte Heßge, daß man nicht auf ge-werkschaftliche Fragen am Ort eingegangen sei und sich nur mit der Berliner Frage beschäftigt habe. In scharfen Worten führte er der Kollegenchaft die Spaltung der Partei vor Augen und ersuchte im Interesse einer schlagkräftigen Organisation, nicht auch noch die Zerreißung der Gewerkschaften herbeizuführen. Folgende Resolution wird mit großer Mehr-heit angenommen:

Die sehr gutbesuchte Generaterversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Zählstelle Leipzig, hat das Referat des Kollegen Heßge über die Vorgänge beim letzten Buchdruckerstreik in Berlin sowie über die erfolgten Ausschüsse von Gabel und Genossen entgegen-genommen.

Die Versammelten verurteilen das päpstliche Herunterreißen und das In-den-Schmutz-ziehen der Gewerkschaften als absurd in der Arbeiterbewegung.

Die Versammelten verurteilen weiter, daß Gruppen innerhalb der Arbeiterbewegung dazu übergehen, eigene Organisationen zu gründen. Diese Handlung ist als verwerflich zu bezeichnen deshalb, weil dadurch die Schlagkraft der Berufs-organisationen geschwächt wird und nur zum Schaden der Arbeiterschaft ausfallen muß.

Die Versammelten bringen zum Ausdruck, daß die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaft gewahrt bleiben muß und nicht durch partei-egoistische Ziele untergraben werden darf.

Die Versammelten sind sich voll bewußt, daß die Zersplitterung der Gewerkschaft als wirtschaftliches Bollwerk der Arbeiterklasse nur der Reaktion zum Vorteil gereicht und zum Schaden für die Berufsangehörigen führen muß. Sie erklären des-halb, daß sie zu ihrem Statut und den Beschlüssen des Beirates stehen. Sie verweisen die Ausge-schlossenen auf die statutarisch vorgesehenen In-stanzen und lehnen es ab, durch Beitragsperre oder Neugründung von Organisationen ihre Ge-werkschaft zu schwächen.

Bei Aufstellung der Kandidaten zur Ortsver-waltung entspann sich wiederum eine längere De-batte. Es wurde die Aufstellung zweier Listen be-schlossen, Moskauer und Amsterdamer Richtung. Nach-dem die BDB-Leute sahen, daß ihnen die Stelle fort-schwammen, beantragten sie Verhältniswahl. Heßge verlangte, daß, wenn es sein soll, reiner Tisch gemacht würde. Bei der Abstimmung wird die Ver-hältniswahl abgelehnt und Listenwahl beschlossen.

**Soziale Rückständigkeit — Lehrlingsausbeutung.**

Eine der umstrittensten Fragen im Lehrverhältnis ist die Frage der Entschädigungen für Lehrlinge. Während alle anderen aus dem Lehrverhältnis sich ergebenden Beziehungen, wie Arbeitszeit, Lehrdauer und Berufsausbildung, eine gewisse gesetzliche Regelung gefunden haben, ist einzig und allein die Höhe der den Lernenden zu zahlenden Entschädigung dem freien Ermessen der einzelnen Vertragsparteien überlassen. Die von den einzelnen Schlichtungsausschüssen in dieser Hinsicht gefällten Entscheidungen konnten auch in dieser Frage eine grundlegende Klärung bisher nicht schaffen. Immer und immer wieder waren es deshalb die Gewerkschaften, die versuchten, bei den tariflichen Lohnabstufungen auch die Frage der Lehrlingsentschädigungen auf eine möglichst gesunde Grundlage zu bringen. In einzelnen Industriegruppen ist dieses auch dank der sozialen Einsicht der betreffenden Unternehmer einigermaßen möglich gewesen. Auch in der graphischen Industrie ist es in letzter Zeit in einigen Fällen dazu gekommen, die Entschädigungen für Lehrlinge den Stundenlöhnen der Gehilfenschaft prozentual anzupassen. Wenn dadurch nun auch die den Lehrlingen zu zahlenden Entschädigungen bei weitem nicht solche sind, daß den wirtschaftlichen Verhältnissen voll und ganz Rechnung getragen wird, so ist aber wohl diese Regelung als die zurzeit günstigste anzuspochen.

Anderer Meinung sind hierüber aber die Herren von der Hamburger Buchbinderrinnung. Nicht nur, daß diese bisher eine tarifliche Regelung dieser Frage überhaupt ablehnten, nein, auch die Entschädigungssätze selbst, wie solche seit Januar bis jetzt bezahlt wurden, sind derart minimal, daß man ohne weiteres von Lehrlingsausbeutung in Reinkultur sprechen muß. Als Entschädigungen werden in den Buchbindereibetrieben den Lehrlingen folgende Beteiligungsätze gewährt: Im 1. Lehrjahr 50 Pf., im 2. Jahr 1 Mk., im 3. Jahr 1,50 Mk. und im 4. Jahr ganze 2 Mk. pro Woche. Daß die Herren vom Innungsband noch nie von allzu großer sozialer Einsicht erleuchtet waren, davon haben sie ja bei den verschiedenen Lohnverhandlungen des öfteren geradezu beschämende Proben abgelegt. Daß man aber immer und immer wieder versucht, auch den Lehrling als williges und billiges Ausbeutungssubjekt zu betrachten, diese Tatsache muß einmal der breitesten Öffentlichkeit übermitteln werden. Wenn man weiß, daß ein Buchbinderlehrling eine wöchentliche Entschädigung von 2,50 Mk. im ersten Lehrjahre bis eine solche von 8 Mk. im vierten Lehrjahre bekommt, wenn weiter bekannt ist, daß kleinere Buchbinderrinnungen in der Provinz seit Wochen schon über das Doppelte als Entschädigung bewilligen als die hiesige Innung, dann kommt man fast zu der Ueberzeugung, daß die hiesigen Buchbindermeister eifrig bemüht sind, den traurigen Ruhm sozialer Rückständigkeit möglichst zu wahren. Alle Eltern aber, in deren Obhut es liegt, ihren Sohn als Lehrling einem solchen Betrieb zuzuführen, mögen es sich sehr wohl überlegen, ob für sie die Möglichkeit besteht, bei solchen Entschädigungssätzen eine vierjährige Lehrzeit durchzuhalten.

**Kein Geld für ausreichende Löhne — wohl aber für Staatsstreicher.**

Die bayerischen Kunstankstaltsbesitzer sind in der Bewilligung ausreichender Löhne noch um einige Grade zugespörrter als andere Unternehmergruppen, aber für Staatsverbrecher haben sie noch immer reichlich Geld übrig. Dafür ein Beispiel: Im Hitler-Lindendorff-Prozess sagte am 17. März der Nürnberger Oberlandesgerichtsrat Parz unter Zeugeneid aus, am 14. Oktober sei Ehrhardt im Auftrage Krebs in Nürnberg gewesen, habe vor Industriellen über die Notwendigkeit des Losschlagens gegen Berlin gesprochen und um Herausgabe von Geldern für die militärische Vorbereitung ersucht. 20.000 Dollar habe die Industrie gegeben.

Diese sehr bemerkenswerte Aussage wurde von dem Hauptteil der bürgerlichen Presse glatt unterzogen.

Das Schweigen ist so berechtigt wie der Vorgang selbst. Und inzwischen wurde festgestellt, daß auch nach dem Putz die Geldquelle bei der Industrie nicht versiegt ist. Die Nürnberger „Fränkische Tagespost“, Nr. 69 vom 31. März,

bringt zwei Beweisstücke. Das erste vom 21. Januar 1924 datiertes Schreiben von Curt F. Richter; dem Schreiben war ein von dem Bandenführer Ehrhardt und seinem Helfer Heiß ausgestellter Ausweis beigelegt, laut dem der völkische Vertrauensmann Scheurich, in Firma Traeger u. Biding, Abziehbilderfabrik in Nürnberg, Rennweg 46, berechtigt ist, Gelder zu sammeln; das zweite folgenden Wortlauts:

Curt F. Richter  
Nürnberg  
Nürnberg, den 14. 2. 24.  
Westmeriorgraben 3.

Meine sehr geehrten Herren!  
Herr L. Scheurich hatte die Güte, Sie um Beiträge für die in Not befindlichen Vaterländischen Verbände zu bitten.

Freundlicherweise haben Sie Ihre Unterstützung zugesagt, wofür ich Ihnen im Namen der Verbände meinen verbindlichsten Dank ausspreche, und ich werde mir gestatten, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, die in Frage kommenden Beiträge jeweils durch meinen mit Ausweis versehenen Boten bei Ihnen abholen zu lassen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung!  
Curt Richter.

Nach dem Datum der beiden Briefe ist das im Januar und Februar dieses Jahres gewesen, also müssen die Herren von der Industrie damals noch an die Möglichkeit einer Umnützung gedacht haben. Wozu hätten sie sonst ihre Dollar locker gemacht? Absender der Briefe ist Herr Curt F. Richter, Inhaber der Kunstankstalt und Abziehbilderfabrik von Karl Schimpf.

Die Arbeiterschaft dieser Betriebe muß 53 Stunden arbeiten, um die Putzgelder aufzubringen. Kollegen, Kolleginnen, gebt dieser Gesellschaft am 4. Mai die Quittung dafür!

**Der Besitz wird geschont — die Arbeit belastet.**

Die Steuereinnahmen des Reiches betragen nach dem Nachweis über die Reichseinnahmen im Monat Februar rund 418 Goldmillionen. Der Hauptposten wird von der Einkommensteuer gestellt, die insgesamt rund 130 Goldmillionen erbrachte, und zwar entfallen 63,9 Goldmillionen auf den Lohnabzug und 66,5 Millionen auf die übrigen Steuerzahler. Die hohen Einkommen schneiden also diesmal in der Steuerstatistik etwas günstiger ab als die Lohnabzüge. Es wäre jedoch verfehlt, wenn man daraus auf besondere steuerliche Lasten des Besitzes schließen wollte, da der gegenwärtige Minderertrag der Lohnsteuer in der Hauptsache eine Folge der das Arbeitseinkommen außerordentlich verminderten Wirtschaftskrise ist. Das Gesamteinkommen an Einkommensteuern in der Zeit vom 1. April 1923 bis Ende Februar 1924 verteilt sich in der Art, daß 181,38 Goldmillionen aus den Lohnabzügen und 160,2 Goldmillionen von den übrigen Steuerzahlern herangezogen wurden. Daraus ergibt sich deutlich, daß die Hauptlast der Einkommensteuer von den weniger zahlungskräftigen bestritten wurde.

Hinter den Einkommensteuern rangiert die Umsatzsteuer, die nicht weniger als 103 Goldmillionen erbrachte; auch sie ist eine Steuer, die besonders den Konsum und die breiten Massen belastet. Vergleicht man damit den Ertrag sämtlicher einmaliger Steuern, die dem Besitz auferlegt wurden und die im Monat Februar nur 28,1 Millionen Goldmark erbrachten, so ergibt sich die schonende Behandlung, die das gegenwärtige rein bürgerliche Kabinett dem Besitz angedeihen ließ. Auch das Steueraufkommen aus Zöllen und Verbrauchssteuern zeigt alle Merkmale einer Steuerpolitik, die die Steuerkraft der breiten Massen überschätzt und die steuerliche Kraft des Besitzes nicht genügend heranzieht. Das Einkommen aus Zöllen und Verbrauchssteuern wird mit 63 Goldmillionen angegeben. Davon entfallen auf die Zölle 15,9, auf die Tabaksteuer 15,55, auf die Biersteuer 9,4, auf das Branntweinmonopol 7,7 und auf die Zuckersteuer 7,55 Goldmillionen. Dagegen erbrachte die erhöhte Biersummasteuer 30 Goldmillionen, die Körperschaftsteuer 27 Goldmillionen. Aus der Brotverorgungsabgabe sind im Februar 6 Goldmillionen eingegangen, also etwa ebensoviel wie aus der erhöhten Umsatzsteuer, der sogenannten Auguststeuer. Für eine Reihe von anderen Steuern ist eine abschließende Kritik unmöglich, weil die Ausführungen

einer Reihe von Kassen fehlen und der Ertrag durch das Ausbleiben von Meldungen oder durch andere technische Schwierigkeiten nicht genau feststeht. Im großen und ganzen bestätigt der Nachweis die enorm hohe Belastung der verbrauchenden Schichten, die noch gesteigert wird, wenn die Meißsteuer auf Grund der dritten Steuernverordnung in Kraft tritt.

**Fusel statt Kartoffeln.**

Deutschland mußte infolge des unglücklichen Kriegsausganges wichtige Ackerbaugelände abtreten, wodurch die Ernährungsbede bedeutend verknapp wurde. Um die Ernährung einigermaßen sicherzustellen, sind wir gezwungen, mit unseren Ernten hausälterlich zu verfahren und die Einfuhr zu steigern. Trotzdem ist es bis heute noch nicht gelungen, die Bevölkerung in Deutschland ausreichend zu versorgen. So stehen der deutschen Bevölkerung z. B. pro Kopf und Jahr annähernd 573 Kilogramm Kartoffeln gegen 700 Kilogramm im Jahre 1913 zur Verfügung. Dieses Ergebnis konnte nur erreicht werden, indem die Verarbeitung von Kartoffeln in der Industrie, besonders im Brennereigewerbe, eingeschränkt wurde.

Die Kontingentierung der Alkoholherzeugung aus der Kartoffel ist also eine Maßnahme, die sich im Interesse der Volksernährung von selbst versteht. Anders denken aber die deutschen Brenner und vor allem die nach höheren Kartoffelpreisen lüsternen Kartoffelproduzenten. Zur großen landwirtschaftlichen Woche, die in Berlin stattfand, gehört auch der Deutsche Kartoffeltag. Die Kartoffelbauern haben ihn benützt, um ihre besonderen Wünsche vorzutragen. In einer Resolution fordern sie die Aufhebung der §§ 3 und 4 der Verordnung vom 24. August 1920, durch die die gewerbliche Verarbeitung von Kartoffeln eingeschränkt wird. „Wir erwarten“, so heißt es in der Entschließung, „daß der Tag nicht mehr allzu fern ist, an welchem dem Brennereigewerbe die freie Selbstbestimmung zurückgegeben wird.“

Das ist die Landwirtschaft, wie sie lebt und lebt! Auf der einen Seite fordert sie durch Schutzzoll und Einfuhrverbote Zwangsmaßnahmen gegen den freien Handel, auf der anderen Seite singt sie aber das Loblied der freien Wirtschaft, um den Jüngern die Kartoffeln vorenthalten und mehr Fusel fabrizieren zu können.

**An alle graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen!**

Das Graphische Kartell Groß-Berlins sendet uns folgende Zuschrift mit dem Ersuchen um Veröffentlichung:

Innerhalb der einzelnen Organisationen machen sich in letzter Zeit Bestrebungen bemerkbar, die darauf schließen lassen, daß man die idealen Richtungskämpfe nur als Vorwand benützt, um systematisch eine organisatorische Absplitterung herbeizuführen. Diesem die Arbeiterschaft schädigenden Treiben können wir nicht länger tatenlos zusehen, und aus diesem Grunde richten wir diesen warnenden Aufruf an die gesamte graphische Arbeiterschaft, damit jeder einzelne sowie die Gesamtheit vor weiterem Schaden bewahrt bleibt.

In der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist jedem Mitglied Gelegenheit gegeben, in freier Meinungsäußerung über alle strittigen Fragen zu diskutieren und den Weg zu zeigen, den die Bewegung im Interesse der Gesamtheit gehen muß. Dies war in der westeuropäischen Arbeiterbewegung schon seit jeher der Brauch. Die gesunde Auffassung, daß nur in der Zusammenschließung aller Kräfte in einer Organisation der Sieg der Arbeiter verbürgt ist, erbrachte schließlich das Ausblühen der Gewerkschaften.

Alle Auseinandersetzungen haben sich stets im Rahmen der bestehenden Organisationen bewegt, denn die geschlossene Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist die unerläßliche Voraussetzung für die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder wirksam zu vertreten.

Aus diesen Gründen sieht sich jeder ins Unrecht, der seine Organisation schamlos verläßt, um außerhalb derselben den Kampf um die Richtung fortzusetzen, denn durch solches Beginnen wird die Gesamtheit schwer geschädigt und die Richtung demnach nicht geändert. Teht ist man dabei, parteipolitische Ziele wegen, die Einheit und damit die Macht und die Kraft der Organisationen zu zerstückeln, und das in

einer Zeit, in der die Geschlossenheit der Arbeiterschaft so bitter notwendig ist.

Diesen unheilvollen Weg haben innerhalb des graphischen Gewerbes einzelne aus dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter ausgeschlossene beschritten...

Der Graphische Einheitsverband aber wird nicht dadurch geschaffen, daß man ein großes Schild mit den Worten: „Hier Industrieorganisation!“ nach außen hängt...

Kolleginnen und Kollegen! Wer der neugegründeten Organisation beiträgt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern das Interesse der gesamten graphischen Arbeiterschaft...

Doher hat jeder gute Gewerkschafter nicht nur jene Sonderorganisation zu meiden, sondern im Interesse der Gesamtheit der fanatischen Agitation von jener Seite unsere guten Gründe und Argumente gegenüberzustellen...

Das Graphische Kartell Groß-Berlin.

Internationales.

Belgien. Durch den engeren Zusammenschluß der Buchbinder- und Lithographierarbeiter (die Buchdrucker wollen von einer Kartellierung nichts wissen) sind mit Ende des Jahres 1923 die bis dahin von den beiden Organisationen herausgegebenen doppel-sprachigen Organe „Le Relieur Belge“ (De Byzische Boekbinder) und „L'Ouvrier des Arts graphiques“ eingegangen...

Die Entwicklung der Liniermaschine.

Unter dieser Ueberschrift befindet sich ein Artikel in Nr. 8 der „Buchbinder-Zeitung“. An dem Artikel ist im großen und ganzen nichts auszusagen bis auf einen Satz, der besagt, daß der Einleger an der Liniermaschine bis 6000 Bogen die Stunde schafft...

Bogen pro Stunde liefern muß, was selbstverständlich unmöglich ist. Nur ganz wenige Maschinen werden eine derartige Leistung aufzuweisen haben, denn dazu gehören ganz besondere Voraussetzungen, und diese sind: kleines Format, einfache Art der Miniatur, Antrieb der Maschine und Bekaffenheit der Maschine selbst, wie Stapel-einleger usw.

Eine feststehende Tatsache ist es, daß die Firma Reinhard im Bau von Liniermaschinen tonangebend ist. Es muß aber festgestellt werden, daß auch andere Firmen sich in den letzten Jahren mit dem Bau von Liniermaschinen auf erworben haben.

An alle arbeitslosen Mitglieder der Zahlstelle Berlin!

Die Mitgliedschaft in der Organisation zu erhalten, das ist die Pflicht jedes Arbeitslosen. Warum?

- 1. Weil man als Klassengenosse nicht indifferent und fahrlässig werden darf.
2. weil man sich Rechte erworben hat, die aus Interesse für sich selbst nicht verloren geben dürfen.

Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß bei Arbeitslosigkeit die Wähler auf dem Bureau lagern und die Mitglieder sich erst dann, wenn sie in Arbeit treten, was oftmals erst nach monatelanger Arbeitslosigkeit geschieht, um ihre Mitgliedschaft kümmern.

Die Arbeitslosenunterstützung wird demnach wieder eingeführt. Auf Verluß der Jahres-Generalversammlung sind Sammelkassen auszugeben und soll unseren arbeitslosen Mitgliedern eine Extra-Unterstützung gezahlt werden.

Wer sich bis zu diesem Tage seine Mitgliedschaft in unserer Organisation nicht gesichert hat, verliert seine Rechte an die Organisation und kann nicht in den Genuß der Unterstützung gelangen.

Berichte.

Berlin. Die Firma H. Ludwig, Friedrichstr. 16, war früher in den Spalten unserer Zeitung des öfteren zu finden. Die Klagen über Behandlung und Bezahlung waren außerordentlich zahlreich, und eine kurze Spanne Zeit sind diese Beschwerden unterblieben. Es bedeutete diese Verbesserung der Verhältnisse jedoch nur ein Pausieren in der alten Regel, mit der Kollegenschaft auf Kriegsfuß zu stehen.

Gau Nordbayern. Am 23. März hat in Nürnberg eine Konferenz der Zahlstellenbevollmächtigten unseres Gaus stattgefunden, um die Grundlagen zur zielbewußten Aufbauarbeit zu schaffen. Reinländer gab in großen Zügen einen kurzen Rückblick und Ausblick auf unsere Tarifpolitik und die Sanierung der Verbandsfinanzen.

Ausbauer erfordern. Diese Arbeit werden wir aber mit Treiben keilen in dem Bewußtsein, daß nur Beharrlichkeit zum Ziel führt.

In der Diskussion kam einmütig der feste Wille zum Ausdruck, alles anzubieten, um unsere Organisation so stark zu machen, wie sie sein muß, um den Mitgliedern ein kräftiger Schutz in allen Lebenslagen sein zu können.

Die belebende und instruktive Konferenz konnte nach dreihändiger Dauer beendet werden. Alle Beteiligten gaben der Empfindung Ausdruck, daß die Tagung jedem einzelnen wichtige Fingerzeige gegeben hat, wie in Zukunft rationell vorwärtsgearbeitet werden muß zum Wohle unserer Gesamtorganisation.

Sterbetafel.

- Im Monat März sind uns folgende Mitglieder als gestorben gemeldet:
Berlin. Anna Hoffmann, Kartonnagenarbeiterin, 67 Jahre, Herzschlag.
Her mann Wollmer, Buchbinder, 61 J., Herzschlag.
Iba Klobe, Kartonnagenarbeiterin, Magenkrebs.
Ferdinand Görz, Buchbinder, 76 Jahre, Herzschlag.
Frankfurt a. M. Otto Brumm, Buchbinder, 62 Jahre, Altersschwäche.
Valentin Wärmes, Buchbinder, 76 J., Altersschwäche.
Jean Fell, Zugs-papierarbeiter, 34 Jahre, Grippe.
Heinrich Raab, Zugs-papierarbeiter, 58 Jahre.
Ludewalde. Alex Sailer, Buchbinder, 59 J., Lungenerkrankung.
Allen ein ehrendes Andenken!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen für die Folge in

Table with 6 columns: Beitragsklasse, I, II, III, IV, V, VI. Rows include Bünde I. B., Dessau, Frankfurt a. M., Gera, Hamburg-Altona, Almenau, Leipzig, Regensburg, Schleiz, Gau Hanfa, Gau Hessen-Folz, Gau Südbayern.

Abreisänderungen.

- B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Bünde i. B. B.: G. Herbrechtsmeyer, Südlängern bei Bünde, Nr. 200.
K.: G. Wippermann, Emigloh-Bünde, Bahstr. 114.
Briele an den Schriftführer: A. Meiserhede, Emigloh-Bünde, Bahstr. 415.
Krefeld. B.: B. Schäß, Alte Lüneburgerstr. 8.
K.: E. Lehmann, Zentrarbeitsstr. 95.
Blauen i. B.: B.: W. Wieg, Albertstr. 114 II.
K.: E. Mittelstädt, Weisgerstr. 115.
Regensburg. B.: J. Haagen, Engelburger Gasse 11 I.
K.: S. Gärtner, Volkswirtengasse 10 I.
Stettin. B.: P. Harnig, Kronenb. 12, r. Seitenstr. 11.
K.: V. Wurou, Preußische Str. 41, r. Seitenstr. 11.
Stolz i. P.: B.: D. Aliz, Bahstr. 8.
K.: A. Seyden, Wilhelmstr. 4.
Wandrich a. d. Weers. B.: B. Schleicher, Unter den Weiden 4.
K.: E. Raigebier, Landgrafenstr. 11.

Internationaler Anti-Kriegstag 1924 am 3. Sonntag im September.